

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung am  
25.11.2014**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 18:38 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Herr Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Herr Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frau Anja Krimmling-Schoeffler	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)
Herr Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Halle (Saale)
Herr Kay Senius	SPD-Fraktion Halle (Saale)
Frau Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Steffen Ahrens	Sachkundiger Einwohner
Herr Martin Bauersfeld	Sachkundiger Einwohner
Herr Dirk Gernhardt	Sachkundiger Einwohner
Frau Susanne Krohn	Sachkundige Einwohnerin
Herr Mark Lange	Sachkundiger Einwohner
Herr Igor Matviyets	Sachkundiger Einwohner
Herr Frank Rösler	Sachkundiger Einwohner

**Entschuldigt fehlen:**

Herr André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vertreter Frau Brock
Herr Lothar Dieringer	Sachkundiger Einwohner

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung wurde von **Herrn Denis Häder, Ausschussvorsitzender, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM**, eröffnet und geleitet.

Herr Häder stellte die ordnungsgemäße Einladung, sowie Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Häder, Ausschussvorsitzender**, teilte mit, dass der TOP:

3. Genehmigung der Niederschrift vom 28.10.2014

von der Tagesordnung abzusetzen ist, da die Niederschrift den Ausschussmitgliedern noch nicht vorliegt.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 28.10.2014 **abgesetzt**
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013  
Vorlage: VI/2014/00158
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum Breitbandausbau in Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12800
7. Mitteilungen
- 7.1. Stand Breitbandausbau und Fördermöglichkeiten
8. Beantwortung von mündliche Anfragen
9. Anregungen

Herr Häder bat um Zustimmung der Protokollführung durch Frau Flint. Dem wurde einstimmig zugestimmt.

### zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 28.10.2014**

---

abgesetzt

### zu 4 **Beschlussvorlagen**

---

#### zu 4.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013** **Vorlage: VI/2014/00158**

---

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, informierte, dass im heutigen Finanzausschuss der Teilbereich des Haushaltes des GB V beraten wurde und es keine Veränderungen gab. In einer Aufsichtsratssitzung wurde eine Empfehlung zum Zoo gegeben. Entsprechend dem Corporate Government Kodex, ist es notwendig, dass der Wirtschaftsplan des Zoo im Stadtrat beschlossen wird. Herr Neumann erklärte, heute im Ausschuss die Veränderungen zum Haushalt des Zoo darzustellen. Es wurde eine Präsentation vorbereitet. Zum Büro des Beigeordneten wurde im Finanzausschuss seitens des Kämmersers dargestellt, dass die Mitarbeiter (4 Stellen), die noch im Haushaltsplanentwurf enthalten sind, innerhalb der Verwaltung zugeordnet werden. Im heutigen Ausschuss für Personalbedarfsplanung wurde versucht, dies darzustellen, die entsprechenden Unterlagen wurden verteilt. Zum GB V ist zu sagen, dass sich die Produkte nicht ändern. Es soll eine Zuordnung zum GB III erfolgen. Der FB Wissenschaft soll im DLZ Wirtschaft aufgehen, welches dann das DLZ Wirtschaft und Wissenschaft wird. An dem Produkt an sich ändert sich nichts.

**Herr Häder, Ausschussvorsitzender**, schlug vor, den Haushalt zu besprechen und offene Fragen zu klären.

**Frau Nagel, DIE LINKE/DIE Partei im Stadtrat Halle (Saale)**, bezog sich auf die eingereichten Fragen der Fraktion. Auszüge aus dem Fragenkatalog wurden von Herrn Neumann beantwortet.

*Fragen und Antworten sind in Session eingestellt.*

#### Büro des Beigeordneten

Es wurden keine weiteren Fragen gestellt.

#### Fachbereich Immobilien

Es wurden keine Weiteren Fragen gestellt.

#### FB Wissenschaft

**Herr Häder** hatte im Vorfeld der Sitzung seine Fragen im GB V eingereicht. Er fragte: „Laut Aussage des OB in der letzten Sitzung, soll der FB Wissenschaft künftig die Betreuung der Medien- und Kreativwirtschaft übernehmen. Wie werden diese neuen Aufgaben personell abgedeckt? Soweit, die bisher im DLZ Wirtschaft mit jener Aufgabe beschäftigte Mitarbeiterin aufgrund der Aufgabenverlagerung, in den FB Wissenschaft wechseln soll, wäre dann nicht auch eine entsprechende Anpassung des Ansatzes für die Personalaufwendungen nötig?“

**Herr Neumann** sagte, nach gestrigem Stand, sollte eine Mitarbeiterin aus dem DLZ Wirtschaft in den FB Wissenschaft wechseln; damit wäre eine Stelle mehr vorhanden. Heutiger Stand ist, dass das DLZ Wirtschaft den FB Wissenschaft aufnimmt. Die Mitarbeiterin, die wechseln sollte, wäre dann in dem neuen DLZ Wirtschaft und Wissenschaft weiterhin vorhanden.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, merkte an, dass dem Ausschuss explizit die Wissenschaft zugeordnet war, sollte der Bereich jetzt in den Bereich der Wirtschaft übergehen, dann wäre der eigentliche Beschluss nicht umgesetzt. Sie sagte, man solle zukünftig beachten, was mit der Wissenschaftsförderung passiert.

**Herr Bartl, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)**, stellte fest, dass der Ausschuss für Personalbedarfsplanung heute keine Entscheidung zum Übergang des DLZ Wirtschaft zum FB Wissenschaft getroffen hat, und daher der AWWB auch keine weiteren anderen Entscheidung besprechen kann.

**Herr Neumann** sagte, der FB Wissenschaft ist ausgestattet mit 3 Mitarbeitern, eine vierte kommt hinzu. Das sei so im Stellenplan abgebildet. Wenn der Ausschuss für Personalbedarfsplanung den Stellenplan nicht ändert, ist der Fachbereich so aufgestellt oder es gibt eine interne Stellenzuordnung.

#### Tierheim

Es gab keine weiteren Fragen.

#### Zoo

**Herr Neumann** sagte, der Aufsichtsrat der Zoo Halle GmbH empfiehlt dem Zoo ab dem nächsten Jahr 400.000 € pro Jahr fortlaufend mehr zur Verfügung zu stellen. Er sagte, der Geschäftsführer der Zoo Halle GmbH, Herr Dipl.-Biol. Andreas Jacob, wird anhand einer Präsentation näher auf die Hintergründe eingehen. Herr Neumann führte weiter aus, dass sich im Kern die Erhöhung des Zuschusses wie folgt zusammen setzt: Teuerung Futtermittel 35.000 €, Teuerung Einkauf Dienstleistung 25.000 €, gestiegene Energiekosten 30.000 €, Instandhaltung und Werterhaltung 205.000 €, Anpassung der Personalkosten ca. 200.000 €.

**Herr Jacob** teilte mit, dass der hallesche Zoo in diesem Jahr 130 Jahre alt wurde. Die Besucherzahlen der Jahre 1990-2013 sind grafisch dargestellt, ein Schwanken der Zahlen sei klar ersichtlich, im Durchschnitt hat der Zoo 280.000 Besucher im Jahr. Die Eintrittspreise haben sich seit vielen Jahren nicht verändert - eine volle Eintrittskarte für einen Erwachsenen mit 8,50 € kann man durchaus vergleichen mit anderen Städten wie Magdeburg und Erfurt. Er zeigte die grafische Darstellung zu Investitionsleistungen und zu den Betriebskostenzuschüssen.

**Herr Neumann** ergänzte. Zu den Planungsprämissen zählte, die Besucherzahl von 300.000 zu halten, den Erhalt der Tier- und Pflanzenweltvielfalt auf heutigen Niveau, einen Eintrittspreis für einen Erwachsenen unter 10 €, die Übernahme der Zoogastronomie bzw. das Erreichen eines anderen Niveaus.

**Herr Häder** fasste zusammen, dass der erhöhte Zuschussbedarf nicht im Haushalt berücksichtigt ist, er gehe davon aus, dass die Verwaltung dies noch bedenkt.

**Herr Jacob** erwähnte, dass das Tierheim keine Betriebsgenehmigung hat, weil die Haltungsvorgaben für Hunde nicht eingehalten werden können. Er sagte, es muss etwas Neues gebaut werden. Er erwähnte, dass das Tierheim durch die Stadt Halle unterfinanziert ist, ein Antrag auf Erhöhung der Bezuschussung um 25.000 € wurde abgelehnt.

**Herr Häder** bedankte sich für den Hinweis und sagte, dass sich der Thematik durch den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten angenommen werden sollte.

#### DLZ Wirtschaft

**Herr Häder** stellte seine im Vorfeld eingebrachte Frage: „Der OB hat in der letzten Sitzung erklärt, die im Haushaltsplanentwurf vorgesehene Kürzung der Kongressförderung nicht aufrechterhalten zu wollen. Gibt es hier bereits einen Verwaltungsvorschlag zu einer entsprechenden Änderung des Entwurfs?“

**Frau Ernst, Leiterin Büro des Oberbürgermeisters**, sagte, die Kongressförderung wurde entsprechend der Gegebenheiten des Vorjahres angepasst und innerhalb des Budgets ausgeglichen.

#### Stadtmarketing

**Frau Ernst** informierte, dass es zum Wirtschaftsplan der SMG noch keinen Beschluss der Gesellschafterversammlung gibt, weil die im letzten Ausschuss angekündigte Sitzung nicht stattgefunden hat. Die reguläre Sitzung findet Anfang Dezember statt, in der der Wirtschaftsplan auf der Tagesordnung steht.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte, ob im Ausschuss schon etwas zur Zuschussenkung debattiert wurde.

**Herr Häder** sagte, dass darüber noch nicht debattiert wurde, bedingt dadurch, dass noch keine Beratung in der Gesellschafterversammlung erfolgt ist. Dort sollte eine Überarbeitung des Konzepts und darauf eine Anpassung des Ansatzes erfolgen.

**Frau Dr. Brock** fragte, warum das Konzept zur Wirtschaftsförderung noch nicht im Ausschuss diskutiert wird.

**Frau Ernst** informierte, dass die Thematik in der Ausschusssitzung im Dezember im Paket diskutiert wird.

Weitere Fragen zum Stadtmarketing gab es nicht.

*Der Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung stellte zwei Änderungsanträge.*

- 1. Der Zuschuss an das Stadtmarketing verbleibt in Höhe des Ansatzes 2014 bei 1.111.300 €.*
- 2. Der Zuschuss an den Zoo erhöht sich um 400.000,- € auf 3.054.500,- €.*

*Beiden Änderungsanträgen wurde zugestimmt.*

Herr Häder bat um Abstimmung des so geänderten Haushaltes. Zunächst das Votum der sachkundigen Einwohner: einstimmig zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** mit Patt abgelehnt

0 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

9 Enthaltungen

**Beschlussvorschlag (Änderung in Text):**

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2015 mit dem Haushaltsplan 2015.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2013 zur Kenntnis.

**zu 4.1.1 Änderungsantrag des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013, VI/2014/00158  
Vorlage: VI/2014/00425**

---

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Zuschuss an das Stadtmarketing verbleibt in Höhe des Ansatzes 2014 bei 1.111.300,- €.

**zu 4.1.2 Änderungsantrag des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013 (VI/2014/00158)  
Vorlage: VI/2014/00426**

---

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Zuschuss an den Zoo erhöht sich um 400.000,- € auf 3.054.500,- €.

## zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

---

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

## zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

---

### zu 6.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum Breitbandausbau in Halle (Saale) Vorlage: V/2014/12800

---

Die Anfrage wurde zur Kenntnis genommen.

## zu 7 Mitteilungen

---

### zu 7.1 Stand Breitbandausbau und Fördermöglichkeiten

---

**Herr Häder** begrüßte Herrn Struhkamp, stellvertretender Regierungssprecher der Staatskanzlei.

**Herr Neumann** führte ein. Den Ausschuss interessiert, inwieweit die Möglichkeit besteht, als Kommune Fördermittel zu erhalten und ob es notwendig ist, eine Studie zu machen, die ein „Marktversagen“ als Voraussetzung für eine Antragstellung nachweist.

**Herrn Struhkamp, stellvertretender Regierungssprecher der Staatskanzlei**, berichtete: Anfang 2015 wollte man auf die Stadt Halle zugehen, um von geänderten und verbesserten Fördermitteln zu berichten.

Ausgangssituation ist, dass die Stadt Halle grundversorgt ist, überall kann man mit mindestens 2 MBit pro Sekunde über Festnetz oder eine Funkverbindung surfen.

Ziel ist in ganz Sachsen-Anhalt bis spätestens 2020 50 MBit Downloadgeschwindigkeit zu erreichen. Notwendig ist dies nicht nur für private Haushalte, sondern vor allem, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken.

So sind auch die Förderprogramme ausgerichtet.

Es sind insgesamt für Sachsen-Anhalt 110 Millionen € aus dem europäischen Strukturfond für die Breitbandförderung in den Jahren 2015 bis 2020 reserviert. Davon 70 Millionen für den ländlichen Raum aus dem Strukturfond ELER, 40 Millionen aus dem Fond EFRE.

Die Bereitstellung von EFRE Mitteln ist der entscheidende Unterschied zu den Vorjahren, da jetzt auch Privathaushalte in städtischen Gebieten mit gefördert werden können.

Ausgegangen von 110 Millionen, geteilt durch 14 (3 kreisfreie Städte, 11 Landkreise) verbleiben rechnerisch rund 8 Millionen als Förderung für jede kreisfreie Stadt und jeden Landkreis. Nötig ist dann noch ein kommunaler Eigenanteil i.H.v. 20 %. Es sei denn, es gelingt, eine Initiative zum Erfolg zu führen, die darin besteht, Bundesmittel zur Substituierung des kommunalen Eigenanteils anwerben zu können. Das ist allerdings vage.

Halle ist keine unattraktive Stadt für Telekommunikation.

Die Deutsche Telekom hat 2014 umfangreiche Investitionen für Halle angekündigt. Es wurde bereits das Paulusviertel ausgebaut, in Halle Neustadt wird es den sogenannten opalen Überbau geben, d.h. moderne Netze werden ersetzt durch Netze, die auch schnelles Internet transportieren können. Im Innenstadtbereich sollen auch größere Gebiete ausgebaut werden.

Dafür verlangt die Deutsche Telekom kein Geld, weil sie glaubt, hier mit ihren Investitionen Geld verdienen zu können. Die Kabelnetzbetreiber, die die Wohnungsgenossenschaften in Halle versorgen, werden perspektivisch ihre Netze auch aufrüsten. Im Funkbereich haben die Betreiber in Halle auch bereits investiert, sodass eine LTE-Versorgung existiert.

Es könnte eine Überlegung wert sein, EU-Fördermittel in Anspruch zu nehmen und weitere Gebiete zu erschließen.

Ob für diese Dinge eine Machbarkeitsstudie erforderlich ist, dazu ist folgendes zu sagen: Eine Machbarkeitsuntersuchung, die das Marktversagen feststellt, ist nicht erforderlich. Aber es könnte eine Machbarkeitsuntersuchung sinnvoll sein, die eine detaillierte Bestandsaufnahme der vorhandenen Infrastrukturen in Halle vornimmt und so der Stadt, dem Land und den beratenen Experten ein Gefühl gegeben wird, was in Halle exakt zu tun ist.

Herr Struhkamp rät zu einer Machbarkeitsuntersuchung.

Zusammengefasst: Förderung steht zur Verfügung, das Eigenanteil Problem ist klar.

Daraus ergaben sich folgende Nachfragen:

**Herr Bartl, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)**, fragte nach einer Zeitschiene.

**Herr Struhkamp** antwortete, dass ein gutes halbes Jahr für die Vorschaltung der Machbarkeitsuntersuchung eingeplant werden müsste. Der geförderte Ausbau könnte dann in 2016 beginnen. Betroffen wäre auch erst der Haushalt 2016.

**Herr Bauersfeld, sachkundiger Einwohner**, fragte nach den Preisen für eine Machbarkeitsstudie und wie viele Eigenmittel aufgebracht werden müssten.

**Herr Struhkamp** sagte, sich eine Summe von 100.000 € vorstellen zu können. Fördersatz 80% heißt, die Stadt Halle müsste 20.000 € für die Machbarkeitsstudie aufbringen. Diese Kosten würden 2015 anfallen. Später redet man dann von 20% von x-Millionen.

**Herr Häder** fragte, ob noch einmal auf die Stadt Halle zum Thema Breitbandausbau zugegangen wird.

**Herr Struhkamp** sagte, dass Anfang des kommenden Jahres eine Infrastrukturkonferenz stattfinden wird, man wird hier noch einmal auf die Stadt Halle zukommen.

**Herr Häder** regte an, den Betrag von 20.000 € für die Machbarkeitsstudie in den Haushalt bei den Haushaltsberatungen einzustellen.

Weitere Mitteilungen gab es nicht.

**zu 8      Beantwortung von mündliche Anfragen**

---

Es wurden keine mündlichen Anfragen gestellt.

**zu 9      Anregungen**

---

Es wurden keine Anregungen gegeben.

Für die Richtigkeit:

---

Wolfram Neumann  
Beigeordneter

---

Denis Häder  
Ausschussvorsitzender

---

Katrin Flint  
stellvertretende Protokollführerin